

Das Recht auf Wasser in der globalisierten Wirtschaft

von Marie von Schlieben

Im Juli 2010 wurde das Recht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung durch die UN-Generalversammlung als zentrales Menschenrecht anerkannt. Ein wichtiger Schritt, da das Recht auf Wasser nicht explizit in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder dem UN-Sozialpakt erwähnt ist, sondern bisher aus dem Recht auf Nahrung und dem Recht auf Gesundheit abgeleitet wurde. Doch für seine Verwirklichung stellt nicht nur die zunehmende Wasserknappheit eine Herausforderung dar, sondern auch die Frage nach der Kontrolle von Wasserressourcen in transnationalen Kontexten.

Das Zusammenspiel aus Klimawandel, Bevölkerungswachstum, veränderten Konsummustern und der rasanten Expansion der Agrarindustrie wirkt sich weltweit negativ auf die verfügbare Menge an Wasser aus. Hinzu kommen die fortschreitende Verschmutzung der Wasserquellen und die Verschlechterung der Böden durch eine nicht nachhaltige Agrarproduktion. In vielen Ländern des globalen Südens nehmen daher Konflikte um Wasser zu. Dies führt oftmals zu Verletzungen des Rechts auf Wasser: Menschen werden von ihrem Land und somit vom Zugang zu Wasser vertrieben, ihnen wird die Lebensgrundlage durch die Verschmutzung ihrer Wasserquellen entzogen, oder sie werden der Tarifpolitik privater Versorger ausgesetzt.



Die „Wasser-Krise“ und die Entstehung eines globalen Wassermarktes

Bis in die 1980er Jahre hinein wurde die Wasserversorgung allgemein durch die öffentliche Hand finanziert und kontrolliert. Durch die zunehmende Wahrnehmung von Wasser als einer knapper werdenden Ressource fanden in den 1990er Jahren dann mehrere große Umwelt-Konferenzen statt, darunter die „Internationale Konferenz zu Wasser und Umwelt“ 1992 in Dublin. In dieser Zeit wurde der Begriff einer „Wasser-Krise“ geprägt und als Antwort hierauf die „Dublin Prinzipien“ verabschiedet. Diese definierten Wasser erstmalig als ökonomisches Gut. Nach dieser neoliberal inspirierten Wasserpolitik wurden Kooperationen zwischen Entwicklungsbanken, NGOs und dem Privatsektor gefördert und entsprechende wirtschaftspolitische Empfehlungen (Washington Consensus) als Bedingung für Finanzhilfen an Entwicklungsländer festgelegt. Die sich daran

anschließende Umstrukturierung des Wassersektors führte ab Mitte der 90er Jahre zu einer Privatisierungswelle sowohl in Industrie- als auch Entwicklungsländern. In der Folge entstand ein globaler Markt für Wasser.

Chile: Vorreiter der Wasser-Privatisierung

Die Liberalisierung des Wassersektors in vielen Ländern des globalen Südens führte zu einem grundlegenden Wandel in Bezug auf den Zugang zu und die Kontrolle von Wasser. In Lateinamerika gilt Chile seit den 1990er Jahren als Vorbild für eine umfassende Privatisierung von Wasser. Transnationale Akteure haben die Kontrolle über große Teile der chilenischen Wasserversorgung übernommen, der Staat besitzt derzeit nur noch einen Anteil von fünf Prozent an den privaten Sanitärunternehmen. Der kanadische Fonds *Ontario Teachers' Pension Plan* (OTPP) hat sich in Chile seit 2007 zum größten Anteilseigner entwickelt und kontrolliert aktuell mehr als ein Drittel der chilenischen Wasserversorgung. Die Investitionen stützen sich auf die Rentenbeiträge von Lehrern, die an öffentlichen Schulen in der kanadischen Provinz Ontario tätig sind. Der Ausverkauf im Wassersektor und die Kontrolle durch transnationale Unternehmen hat in Chile gravierende Folgen für die lokalen Wasserkonsumenten: alte und brüchige Rohrleitungen, temporäre Ausfälle in der Wasserversorgung, hohe Tarife, belastetes Trinkwasser. Trotz Unterstützung der UN-Resolution kann der chilenische Staat in der gegenwärtigen Situation keine kontinuierliche und einwandfreie Versorgung mit Trinkwasser für die gesamte Bevölkerung garantieren. Hier muss der Staat – trotz privatisierter Sanitärunternehmen – durch gesetzgeberische und politische Maßnahmen eingreifen, um eine inklusive, gerechte, sichere und bezahlbare Versorgung für alle sicherzustellen.

Ferner sollte eine Regulierung transnationaler Unternehmen, in diesem Fall des Pensionsfonds OTPP, dafür sorgen, dass das Menschenrecht auf Wasser auch auf internationaler Ebene gewährleistet werden kann, unabhängig von dem Standort der Unternehmen bzw. ihrer Investitionen. Die Probleme hinsichtlich des Zugangs zu Wasser sind nachweislich nicht nur durch die steigende Knappheit der Ressource bedingt, sondern insbesondere durch die Frage nach der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle dieses Gutes. Der Zugang zu Wasser ist daher nicht nur ein regionales Problem, sondern ein globales, das nur durch einen Vorrang des Rechts auf Wasser gegenüber den Interessen von Investoren gelöst werden kann.

Marie von Schlieben hat in Chile zu sozialen Ungleichheiten in der Wasserversorgung geforscht und für die Heinrich-Böll-Stiftung Cono Sur im Bereich Ressourcen- und Klimapolitik gearbeitet.